



PARTEIENMONITOR AKTUELL

Analyse des aktuellen Programms der Partei Die Linke

beschlossen in Erfurt, 21. – 23. Oktober 2011

Dr. Viola Neu

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu
Leiterin Empirische Sozialforschung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung Politik und Beratung
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
030-26996 3506
viola.neu@kas.de

Dr. Michael Borchard
Leiter der Hauptabteilung
Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
030 26996 3550
michael.borchard@kas.de

Das Programm von 2001 – radikale Opposition

„Sobald ein Programm überarbeitet wird, beginnt zuverlässig ein lang anhaltender Grundsatzstreit um Grundsatzfragen, der erst endet, wenn das neue Programm angenommen ist und ab da niemanden mehr interessiert“.¹

Wichtigste Ergebnisse des Programms von 2011

Die Linke betont auch in diesem Programm wieder massiv die Überwindung des politischen Systems der Bundesrepublik. Dafür benutzt sie den Begriff des „demokratischen Sozialismus“, der sich inhaltlich völlig vom sozialdemokratischen Verständnis unterscheidet.

Ihr Ziel ist vor allem eine komplette Veränderung der sogenannten Eigentums –und Herrschaftsverhältnisse. Dies bedeutet in der Konsequenz weitgehende Verstaatlichungen vor allem von größeren Unternehmen und Konzernen. An erster Stelle stehen Banken und Energieunternehmen.

Für Koalitionen auf der Bundesebene hat sie sogenannte „rote Haltelinien“ beschlossen, die eigentlich einen Eintritt in eine Koalition unmöglich machen. Ob dies 2013 aber tatsächlich so ernst genommen würde sei dahingestellt. Die Landesverbände sind nicht an diese Haltelinien gebunden. Kompromisslos zeigt sich die Partei demnach bei militärischen Einsätzen, Privatisierungen (vor allem im Bereich der Daseinsvorsorge), Abbau des öffentlichen Dienstes sowie gegenüber jeglichem Sozialabbau.

Die politischen Kernforderungen der Partei sind im Wesentlichen gleich geblieben: Von „Hartz IV muss weg“ über die Bewahrung der Sozialversicherungssysteme, Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem

¹ Christine Ostrowski, 2001, Ossis PDS-Gesetze. Warum auch in der PDS alles schief geht, Dresden, S. 36

Lohnausgleich auf 30-Stunden, Abschaffung der Rente mit 67, Mindestrente sowie ein Mindestlohn der bei 60 Prozent des Durchschnittseinkommens liegen soll.

Das Programm hinterlässt einen disparaten Charakter. Statt tatsächlich Kompromisse zu erzielen, hat die Partei sich dazu entschieden, allen Platz einzuräumen, so dass sich auch sehr widersprüchliche Aussagen finden lassen. Doch ist dies eher kosmetischer Natur. An der Grundausrichtung, dass sie immer noch in absoluter Gegnerschaft zur parlamentarischen Demokratie stehen, hat sich nichts geändert.

Allgemeine Programmatische Entwicklung

Die PDS/Linke ist Rekordhalter, was die Anzahl der Grundsatzprogramme der Partei seit 1990 anbelangt. Immerhin formulierte sie 2011 ihr fünftes Programm, während die anderen Bundestagsparteien zwei (im Falle der SPD, CDU und CSU) oder gar nur ein Programm (Grüne, FDP) in dieser Zeitspanne beschlossen haben. Das erste Grundsatzprogramm der PDS wurde 1990 in der turbulenten Vorbereitungsphase der Volkskammerwahl formuliert. Aufgrund seines wenig stringenten Charakters, war sich die Partei von Anfang an darüber bewusst, dass es nur ein Programm des Übergangs sei. Obwohl dem 1993er Programm eigentlich längere Zukunft beschieden sein sollte, war das Unbehagen bereits unmittelbar nach der Verabschiedung groß, so dass sich schon Mitte der 90er Jahre Überlegungen für ein neues Programm breit machten. 2003 beschloss die Partei ihr Drittes Programm. Hätte man erwartet, dass der Zusammenschluss von WASG und PDS zur Linken rasch zu einer programmatischen Neuausrichtung führen würde, wäre man enttäuscht worden. Zur Fusion 2007 einigte man sich lediglich auf „Programmatische Eckpunkte“, denen nur ein Übergangscharakter attestiert wurde, um dann schließlich 2011 das programmatische Zusammenwachsen der beiden Parteien tatsächlich zu vollziehen.

Sieht man von strategischen Fragen ab, geben sich Parteien normalerweise dann ein neues Programm, wenn sie das Gefühl haben, auf neue Herausforderungen und Fragestellungen sowie gesellschaftliche Wandlungsprozesse keine zutreffenden Antworten mehr geben zu können. Bei der PDS/Linken steht hingegen die Selbstverortung im utopisch-ideologisch-theoretischen Gesamtkonzept im Mittelpunkt. Die Politikfelder, neu hinzu kommende Fragestellungen und Problemlagen werden so lange gestreckt oder gekürzt, bis sie in das sozialistische Prokrustesbett hineinpassen. Reale Probleme werden somit immer unter weltanschaulichen Gesichtspunkten geprüft. „In den programmatischen Debatten ging es immer um die Trias von Identität, Integration in die für Partei neue Ordnung der Bundesrepublik und zugleich um Abgrenzung von dieser, um sie zu verändern und den Kapitalismus beziehungsweise die Marktwirtschaft durch den Sozialismus zu ersetzen“,² schreibt Sebastian Prinz, der sich intensiv mit der programmatischen Entwicklung auseinandergesetzt hat. Der Reflexionsprozess ist dabei ein kontinuierlicher, was zur Folge hat, dass nach dem Grundsatzprogramm gleichzeitig vor dem Grundsatzprogramm ist und die Phase dazwischen mit Konferenzen, Tagungen, Entwürfen, Gegenentwürfen, Kommentaren, kurzum, einer Unmenge an Papier gefüllt wird.

Die Gretchenfrage der Linken bleibt dabei über die Jahrzehnte die gleiche: Genosse, wie hältst du es mit der Revolution? Alle Konflikte und Widersprüche der Partei lassen sich auf diese zentrale Konfliktlinie reduzieren, die Reform- vs. Revolutionskontroverse oder die die Frage von Demokratie und Diktatur reduzieren, die so alt ist wie sozialistische Parteien.³ Diejenigen, die dem Revolutionslager angehören, verneinen grundsätzlich eine Veränderbarkeit der „kapitalistischen“ Gesellschaften und der politischen Systeme. Der Sozialismus ist nur durch die Beseitigung kapitalistischer Gesellschaften zu erreichen. Die Reformer

² Sebastian Prinz, 2010, Die programmatische Entwicklung der PDS. Kontinuität und Wandel der Politik einer sozialistischen Partei, Wiesbaden, S. 14

³ Seit Ende des 19. Jahrhunderts ist dies für linke Bewegungen die zentrale Scheidelinie, wie sie paradigmatisch von Karl Kautsky (Revolution) und Eduard Bernstein (Reform) diskutiert wurde.

sehen hingegen im Kapitalismus Entwicklungspotenziale und setzen auf eine schrittweise Veränderung, die schließlich in der Überwindung des Kapitalismus mündet. Bereits früh haben sich für die Flügelcharakterisierung innerhalb der PDS die Begriffe Reformer und Orthodoxe etabliert.⁴ Die Analogie zu den Grünen ist unübersehbar, deren Hauptrichtungen als Realos und Fundis charakterisiert wurden. Zweifellos handelt es sich hierbei um eine grobe Vereinfachung, welche die ausdifferenzierten Lager, Strömungen und individuellen weltanschaulichen Verortungen nur unzureichend widerspiegelt, doch sind die Begriffe gleichermaßen kategorial geeignet, die Grundwidersprüche zu kennzeichnen, so dass sie auch in diese Analyse einfließen. Denn ein Reformer, Pragmatiker oder ein undogmatischer Linker wird sich nicht auf der Seite der traditionell, radikalen Orthodoxen verorten lassen und umgekehrt.

Eine Analyse von Parteiprogrammen kann zwei Wegen folgen: Sie kann zum einen einzelne politische Forderungen auf deren Durchsetzbarkeit und politische Wünschbarkeit prüfen. Die politische Auseinandersetzung um konkrete Lösungsvorschläge ist im politischen Raum zu leisten. Diese Analyse liefert hierzu keinen Beitrag. Die originär politischen Forderungen der PDS/Linken verstößen meist nicht gegen die Grundsätze der Demokratie (für den politischen Generalstreik und entschädigungslose Enteignungen trifft dies nicht zu). Wer zum Beispiel den Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors fordert, Gemeinschaftsschulen oder eine Ausweitung des Sozialstaates intendiert, verstößt in keiner Weise gegen die Ordnung des Grundgesetzes. Alle diese Forderungen ließen sich im Rahmen der „bürgerlichen“ Demokratie verwirklichen, entsprechende Mehrheiten vorausgesetzt.

Daher könnte es Verwunderung auslösen, wenn die PDS/Linke ihre politischen Vorschläge immer mit einem Systemwechsel in Verbindung

⁴ Vgl. Jürgen P. Lang, 2003, Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung, Baden-Baden.

bringt, für den eigentlich keine Notwendigkeit bestünde, wenn sie – wie allen anderen Parteien auch – lediglich Politik gestalten möchte. Hieran sind jedoch, wie die Analyse zeigt, ernsthafte Zweifel anzumelden. Es wäre oberflächlich, würde man wortgleiche Forderungen der PDS/Linken auch von der politischen Reichweite mit vergleichbaren Aussagen sozialdemokratischer, grüner, liberaler oder christdemokratischer Politik gleichsetzen. Denn für die Linke dienen politische Forderungen lediglich einem Etappenziel: „Utopisch ist es, unter heutigen Bedingungen immer noch zu glauben, durch ein paar bessere Regeln ließe sich die Deutsche Bank zum Mittelstandförderer und Eon zum Vorkämpfer einer solaren Energiewende machen. Das spricht nicht dagegen, für Regeln zu kämpfen, solange man für weitergehende Forderungen keine gesellschaftliche Machtbasis hat“.⁵

Das neue Programm von 2011

„Das ist ein sehr klares linkes Programm, das unser Profil sehr gut umschreibt. Ich freue mich, dass seine Grundaussagen, die ja schon vor anderthalb Jahren vorgelegt wurden, in der Basis auf große Zustimmung gestoßen sind“, sagte Sahra Wagenknecht im Vorfeld des Parteitags.⁶ Vor dem Hintergrund dieses sehr eindeutigen Verdicts der Galionsfigur der Orthodoxen, die darüber hinaus mit Lafontaines Segen ausgestattet ist, wäre zu erwarten gewesen, dass der Programmparteitag zu heftigen Flügelkämpfen führen würde. Zumindest wurde der im März 2010 erste Entwurf der Programmkommission heftig diskutiert. Der erste Entwurf trug stark die Handschrift des ehemaligen Vorsitzenden der Linken, Oskar Lafontaine. Hauptorte der Auseinandersetzung waren ein von der Partei eingerichtetes eigenes Internetportal.⁷ Begleitend veröffentlichte das Neue

⁵ Sahra Wagenknecht, Ein paar bessere Regeln reichen nicht, in: Neues Deutschland vom 4. Oktober 2010.

⁶ <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13669701/Mit-hoheren-Steuern-gegen-die-Euro-Krise.html>, vom 20. Oktober 2011

⁷ <http://www.die-linke.de/programm/wortmeldungen/>, vom 24. August 2008. Die Wortmeldungen sind in zwei Bereiche untergliedert: Wortmeldungen zum ersten und zum zweiten Programmentwurf. Der erste Programmentwurf hat eine heftige und intensive Debatte hervorgerufen, während die Beiträge zum Leitantrag übersichtlich sind.

Deutschland zu allen Fragen programmatische Positionen und Gegenpositionen.⁸ Am 3. Juli erfolgte dann die Veröffentlichung des Leitantrages an den Parteitag (21.-23. Oktober 2011, Erfurt).

Eine Entschärfung bzw. eine stärkere Durchsetzung des Reformerlagers ist dem Leitantrag jedoch nicht anzumerken. Vielmehr handelt es sich um ein Sammelsurium des Unvereinbaren, von der Partei als „Kompromiss“ tituliert. Dennoch scheint gerade die Disparität des Programms harmonisierend auf die Delegierten zu wirken. Die Auseinandersetzung auf dem Parteitag verlief für die Verhältnisse der Partei verhältnismäßig friedlich. In der Aussprache hat die Mehrheit der Repräsentanten der unterschiedlichen Strömungen für die Annahme plädiert. So wurde es dann mit einer Mehrheit von 96,9 Prozent der Delegierten angenommen (muss aber noch durch einen Mitgliederentscheid bestätigt werden).

Im Vorfeld des Parteitags – noch voller Hoffnung auf ein erfolgreiches Wahljahr 2011 – konnte man eine Wiederbelebung der alten Kämpfe erleben. Michael Brie⁹ hat die Scheidelinien auf sechs Schlachtfelder konzentriert: Erstens die Kapitalismusfrage (Ist der Kapitalismus innovationsfähig?), wenn dies verneint würde, gebe es nur den „revolutionären Bruch“, im anderen Falle könne man versuchen, das System quasi von innen „auszuhöhlen“. Zweitens gehe es um die Eigentumsfrage, in der es zu definieren gelte, wo das „Wesen einer sozialistischen Eigentumsordnung“ liege. Mit der Klassenfrage sei drittens verbunden, wen die Linke zu vertreten gedenke. Die vierte Frage der Regierungsbeteiligung kreist darum, ob „parlamentarische Arbeit auch Vorbereitung linker Regierungen“ sei, oder „nur eine Bühne der politischen Auseinandersetzung“. Die Militär- und Sicherheitsfrage sieht er fünftens im Konflikt mit dem Geltendmachen von Menschenrechten. Als sechste Frage stellt er die Frage nach der politischen Kultur und der Kompromissfähigkeit von Parteien. Nicht erwähnt wird ein weiterer

⁸ Offene Fragen der Linken. Eine ND-Serie. Ebenfalls publiziert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung im November 2010.

⁹ Michael Brie, Offene Fragen der Linken, in: Neues Deutschland vom 22. März 2010

Knackpunkt: der Umgang mit der Vergangenheit. Hierzu sagt Benjamin Hoff: „Wie kann ich eine positive linke Politik vermitteln, wenn im Kern die Zukunft die Vergangenheit ist, die durch eine andere Tür wieder reinkommt“.¹⁰ Damit ist der Kern der strategischen Fragen charakterisiert, den die Linke in ihrem neuen Programm klären möchte.¹¹

Statt einer Klärung dieser Frage hat die Parteitagsregie auf ein Signal der Geschlossenheit gesetzt, eindeutig zu Lasten der pragmatischen Reformer. Indem sie die sogenannten „roten Haltelinien“ beschlossen hat, positioniert sie sich auf Bundesebene als radikale Oppositionspartei. Diese Haltelinien sind die von Oskar Lafontaine in die Partei eingebrochenen grundsätzlichen Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung: keine Privatisierung/Sozialabbau, Schutz des öffentlichen Dienstes und keinerlei Zustimmung zu einem wie auch immer gearteten militärischen Engagement.

Auf der Landesebene lässt sie hingegen durch die Hintertür Koalitionen zu, die gegen diese Koalitionshörden verstößen. Allein hieran wird sichtbar, dass ein Kompromiss zwischen einer „Gegen-alles-Partei“ und einer „Regierungspartei“, in der Realität mehr als eine Zerreißprobe darstellt.

Und seit diesem Parteitag bestehen nur geringe Zweifel an der Rückkehr von Lafontaine als Zugpferd der Partei. Nur ein völlig unpolitischer Denker kann annehmen, dass eine Partei die Abschlussrede eines Programmparteitages von einem saarländischen Fraktionsvorsitzenden halten ließe. Denn mit den „Haltelinien“ hat er bereits die Wahlkampfstrategie für die Bundestagswahl 2013 beschließen lassen: Mobilisierung des größtmöglichen Protestes.

Insgesamt ist das Programm ausgesprochen umfangreich und fast jede innerparteiliche Gruppierung und Strömung hat ihre Handschrift

¹⁰<http://www.tagesspiegel.de/berlin/bundesspitze-verdirbt-berliner-linken-den-endspurt/4528932.html>, vom 23.8.2011.

¹¹ Zu den langfristig strategischen Fragen kommen in der Debatte um das Programm von 2011 noch einige konkrete Politikfelder, wie z. B. die Frage, ob es ein bedingungsloses Grundeinkommen geben solle. Auf diese Diskussionen wird in dieser Analyse nur am Rande eingegangen.

hinterlassen, was den Schilderungen der Welt, wie sie die Linke wahrnimmt, geschuldet ist. In sich wiederholender Prosa werden für alle möglichen Bereiche Deskriptionen abgeliefert. Dies führt zu einer Reihe von Inkonsistenzen, da die staatssozialistische Theorie mal mehr, mal weniger durchscheint. Die Arbeit der Programmkommission scheint sich in erster Linie auf „Copy and Paste“ beschränkt zu haben. Am Ende kann auch nicht von Einigung auf eine gemeinsame Linie gesprochen werden, sondern von einem widersprüchlichen Nebeneinander in einer Strömungspartei, die selbst nicht weiß, was sie will. Die Schwergewichte haben sich verlagert: Die gemäßigten Kräfte in der Partei haben in der Programmdebatte das Nachsehen.

Die konkreten politischen Forderungen treten in den Hintergrund und wiederholen im Großen und Ganzen lediglich das, was die Partei immer fordert: Die Überwindung des „kapitalistischen Systems“, das Ausschütten eines sozialen Füllhorns, strikter Antimilitarismus, massive Umverteilung des Vermögens und weitreichende Eingriffe in alle Formen des Eigentums.

Eigentlich ist das Programm bereits nach den ersten fünf Seiten abgeschlossen. Der restliche Text dient der Selbstvergewisserung und ist Nabelschau der Strömungen.¹² Damit soll deutlich werden, dass sie zum einen noch vorhanden sind und zum anderen auch noch Einfluss haben.

Bei diesem Parteitag hat die Linke den Eindruck hinterlassen, als hätte sie ihre klassischen Streitigkeiten beiseite gelegt. Doch scheint es sich eher um einen Burgfrieden zu handeln. Wenn Matthias Höhn¹³ auf dem Parteitag sagt, dass der Widerspruch zwischen Systemkritik und Reformalternativen eigentlich nicht bestehe, dann ist er als Repräsentant des pragmatischen Reformerflügels über eine hohe Hürde gesprungen. Denn bislang war das der Hauptwiderspruch der Partei: wie kann man das System überwinden (und zwar so schnell wie möglich), wenn man im Hier

¹² Vgl. „Es strömt viel in der Linken“, Neues Deutschland vom 21. Oktober, Eckhard Jesse, Jürgen P. Lang, 2008, Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München, S. 97 ff.

¹³ Halina Wawziniak, die mit Raju Sharma ihren Gegenentwurf zurückgezogen hat, stimmte dem Programm nicht zu.

und jetzt mit „Reformismus“ sich der Sozialdemokratie annähert und damit das große Ziel der Revolution aus den Augen verliert. Der Druck auf den Reformerflügel muss immens gewesen sein. Spätestens nach den verlorenen Wahlen in Berlin mit dem Verlust der Regierungsbeteiligung und Mecklenburg-Vorpommern, wo der Reformerflügel sowohl programmatisch als auch personell der SPD eine Regierungsbeteiligung geradezu aufdrängte, standen die Argumente¹⁴ der Pragmatiker auf wackligen Füßen.

Kapitalismuskritik und die Überwindung der bürgerlichen Demokratie

Die zentrale Ausrichtung der Linken bleibt konstant, auch in der Wortwahl. Hier haben sich die orthodoxen Strömungen durchgesetzt. Sie basiert auf einer marxistischen Kapitalismusanalyse, die selbstverständlich in dem Ziel der Überwindung desselben mündet: „Wir wollen alle gesellschaftlichen Verhältnisse überwinden, in denen Menschen ausbeutet, entreichtet und entmündigt werden“¹⁵ In einem Memorandum einiger orthodoxen Kommunisten wird darauf hingewiesen, was gemeint ist: „Es geht nicht um die moralische Läuterung der herrschenden Klasse oder die Anerkennung einer allgemeinen Sittenlehre in der Politik [...]\“, sondern klar um den Umsturz.¹⁶ Eine in der Wortwahl gemäßigte Formulierung verwendet die stellvertretende Vorsitzende Katja Kipping, hinter der sich die Mehrheit der Partei versammeln kann: „Man kann Ausbeutung im Kapitalismus abmildern, aber nicht abschaffen.

¹⁴ Viele Gedanken aus dem Reformerlager tauchen nicht mehr auf. So ist u.a. der Bezug zur Freiheit weggefallen bzw. auf wenige Schlagworte verkürzt worden.

¹⁵ Alle Fußnoten, die aus dem Programm der Partei die Linke zitiert werden beziehen sich auf den Link:

http://www.dielinke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf, vom 31.10.2011

Im Folgenden zitiert als: 2011, Programm der Partei die Linke, S. 4. Der Originaltext bei Karl Marx lautet: alle „gesellschaftlichen Verhältnisse zu beseitigen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“, MEW 1/KHR: 385

¹⁶http://die-linke.de/nc/die_linke/nachrichten/detail/zurueck/wortmeldungen-1/artikel/memorandum-zur-linken-programmdebatte/, vom 24. August 2011.

Deshalb braucht es den Willen, das Leben heute schon besser zu machen und zugleich die Überzeugung, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist.¹⁷ Hier knüpft auch der Altkommunist Wolfgang Gehrcke an, der schon mal darauf hinweist, dass der Kapitalismus geschichtlich am Ende sei und deutlich macht, dass Erfurt nicht das „Godesberg“¹⁸ der Linken sei. Auf den Punkt brachten es schließlich die Parteivorsitzenden Gesine Lötzsch und Klaus Ernst, die in ihren Parteitagsreden das Programm als „Kampfansage an das Establishment“ bzw. als „Kampfansage an die Herrschenden und die herrschenden Verhältnisse“ bezeichneten. Auch wenn die Linke bei der Bundestagswahl 2009 11,9 Prozent der Stimmen erzielte, erscheint die auf dem Parteitag ständig wiederholte Behauptung, sie würde Politik für 99 Prozent machen, dialektischen Ursprungs. Tatsächlich ist es umgekehrt: 88,1 Prozent haben sich gegen die Partei entschieden. Aber vielleicht spiegelt sich darin die unverrückbare und von Zweifeln nicht übermäßig eingetrübte Überzeugung der eigenen Überlegenheit, wie sie manchmal in Sekten aufzufinden ist.

Die einigende Formel der Partei lautet: „wir kämpfen für einen Systemwechsel“¹⁹. Der Kampf für den Systemwechsel wird in der Partei als Metapher für eine grundlegende Veränderung aller gesellschaftlichen Machtverhältnisse verstanden.

Bei dem Systemwechsel soll aus „passivem Unmut aktive Gegenwehr“ werden. Zudem will man sich des „Widerstands“ bedienen²⁰. Der Kapitalismus wird nach klassischer marxistischer Analyse für alle „Krisen der Zivilisation“²¹ verantwortlich gemacht. So weit, so bekannt.

¹⁷ „Ein Programm ist kein Kochbuch“, Neues Deutschland, vom 19. Oktober 2011

¹⁸ Die SPD hielt 1891 in Erfurt und 1959 in Godesberg einen Programmparteitag ab. Erfurt steht symbolisch für eine stärkere Ausrichtung an der marxistischen Ideologie und für die Zurückdrängung von reformerischen Strömungen, Godesberg ist das Symbol für den Wandel der SPD von der Klassen- zur Volkspartei.

¹⁹ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 4

²⁰ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 4

²¹ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 10

Der demokratische Sozialismus ist nach wie vor das politische Ziel der Linken, nach dem die WASG ihren Widerstand gegen den Begriff aufgegeben hat. Dass dieser Begriff jedoch keine inhaltliche Nähe zum Verständnis des demokratischen Sozialismus der SPD hat liegt auf der Hand. Die Linke konterkariert geradezu den Begriff. Zunächst spricht sie von der „Unteilbarkeit der Menschenrechte“ mit der Begründung: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. ²² Unerwähnt bleibt an dieser Stelle (wie immer), dass die „Unteilbarkeit der Menschenrechte“ nach diesem Zitat von Marx freilich erst vorhanden ist, nachdem die Revolution die bürgerliche Klasse gewaltsam eliminiert hat.

Die Okkupation von Begriffen und die Umdeutung ihrer Wesensgehalte gehört seit jeher zum Arsenal kommunistischer Strategien. Denn beim sozialdemokratischen Verständnis des demokratischen Sozialismus geht es gerade nicht um die „grundlegende Veränderung der herrschenden Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse“²³. Daher soll genau dokumentiert werden, wie die Linke demokratischen Sozialismus versteht: „Er verbindet Protest und Widerstand, den Einsatz für soziale Verbesserungen und linke Reformprojekte unter den gegebenen Verhältnissen und die *Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus* zu einem großen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung, der das 21. Jahrhundert bestimmen wird. [...] Dieser Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und *Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe* gekennzeichnet sein“.²⁴

²² MEW, Bd. 4, S. 482, 2011, Programm der Partei die Linke, S. 21

²³ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 21

²⁴ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 21

Eigentums- und Wirtschaftsordnung

Bei der Eigentumsfrage findet man überwiegend Wiederholungen der PDS-Programmatik. Es bleibt unwidersprochen, dass die „Dominanz des Profits überwunden“ werden muss und eine „Unterordnung der Wirtschaft“ unter die Politik erreicht werden müsse, damit die „Vorherrschaft des Kapitals“ gebrochen werde.²⁵ Dies will sie – wie auch bei den anderen Programmen – auf der Basis einer „demokratische(n) Wirtschaftsordnung“²⁶ erreichen.

Das Fehlen einer einheitlichen Handschrift führt zu Skurrilitäten. Anscheinend ist es den westdeutschen Linken-Mitgliedern gelungen, die Bundesrepublik nicht nur als „kapitalistisch“ wahrzunehmen. Hier verwendet die Linke den Begriff „soziale Marktwirtschaft“.²⁷ Gleichermassen gewinnt sie dem Kapitalismus an einigen Stellen Positiva ab, da er immerhin „unermesslichen Reichtum hervorgebracht“ und „in vielen Ländern den Wohlstand großer Teile der Bevölkerung erhöht“ habe, zudem habe es „sozialstaatliche Zugeständnisse“ gegeben, sogar die Ausweitung demokratischer Rechte wird (zumindest an einer Stelle) konzediert²⁸.

Damit befindet sich die Partei eigentlich in einem ideologischen Dilemma: Nach Marx ist der Kapitalismus grundsätzlich nicht reformierbar, weshalb er abgeschafft werden muss. Zudem kommt der Reichtum ja nicht der Gesellschaft (den Arbeitern) zugute, da das Kapital die Tendenz zur Akkumulation und Konzentration habe. Auch die Verelendungstheorie, die ansonsten ständig im Programm auftaucht, wird komplett negiert. Dass die Partei die Bundesrepublik als soziale Marktwirtschaft darstellt, die einen „Kompromiss zwischen Lohnarbeit und Kapital“²⁹ herstellt, um sie hinterher wieder als Ausgeburt des Kapitalismus zu geißen und die Überwindung derselben zu fordern, ist ein Zeichen für ein sinnbefreites

²⁵ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 5

²⁶ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 5

²⁷ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 11

²⁸ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 11

²⁹ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 11

Nebeneinander unterschiedlicher Einflusszentren der Partei, die sich nicht mehr auf einen Kurs verständigen können.

Diese divergierenden theoretischen Positionen hindern die Partei jedoch nicht, daran festzuhalten, dass der Kern der Programmatik auf die Veränderung von Eigentumsverhältnissen zielt. Dies ist (wie bereits bei der PDS) in einem umfassenden Sinne zu verstehen: die Partei möchte bestimmen wo es staatliches oder privates Eigentum geben kann³⁰ und kontrollieren wie dieses Eigentum verwendet wird (Verfügungsgewalt über Eigentum). Generell gilt die Regel: je größer, desto staatlicher. Verstaatlicht werden sollen die Banken (wobei es auch Sparkassen und Genossenschaftsbanken geben soll) sowie „strukturbestimmende Großbetriebe“. Gleichermaßen sollen alle Bereiche, die der Daseinsvorsorge dienen, verstaatlicht werden (Energie, Wasser, Mobilität, Wohnen, soziale Infrastruktur, Gesundheit, Bildung und Kultur).³¹ Zusätzlich spricht die Partei von Belegschaftseigentum. Die Verstaatlichung von Banken und Energieunternehmen rückt zwar durch die aktuelle Agenda in den Vordergrund, doch ist unter dem Begriff „Demokratisierung“ kein Bereich vor Verstaatlichung geschützt.

Denkt man die Verstaatlichungsziele der Partei weiter, setzen diese zunächst einen staatlichen Dirigismus voraus, wie gerade das Beispiel der DDR eindrucksvoll demonstrierte. Man benötigt eine gigantische Wirtschaftsbürokratie zur Lenkung und Überwachung der Prozesse. Ein größerer Widerspruch zur vermeintlichen „Demokratisierung“ ist wohl kaum vorstellbar. Vorsorglich hat die Partei bereits eine Ausweitung des öffentlichen Dienstes im Visier.

Wichtiger als die Eigentumsform ist jedoch der Generalvorbehalt, unter dem jedes Eigentumsrecht steht. Denn die Linke fordert, dass „sämtliche Eigentumsformen emanzipatorischen, sozialen und ökologischen

³⁰ Generell spricht die Partei von privatem, staatlichem, genossenschaftlichem, gesellschaftlichem und kommunalem Eigentum. Zudem gibt es noch Belegschaftseigentum.

³¹ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 23

Maßstäben“³² unterworfen werden. „Ohne Demokratie in der Wirtschaft lassen sich die Interessen der Allgemeinheit gegenüber engen Profitinteressen nicht durchsetzen“.³³ Früher hätte man wahrscheinlich davon gesprochen, dass die Ausbeuterklasse erst vernichtet werden müsse, bevor die Interessen der Massen Ausdruck finden. Grundidee ist jedoch die Verfügungsgewalt über Eigentum. Hier hat die Linke eine eindeutige Position eingenommen, über die früher noch gestritten wurde. „Allein die Änderung der Eigentumstitel ist unzureichend. Letztlich kommt es auf die Verfügung und die Zugänge zum gesellschaftlichen Reichtum an“³⁴ genau: um die vollständige Beseitigung von Herrschaft über den Besitz und der damit verbundenen Entscheidungsfreiheit.

Eine freie Verfügungsgewalt über welche Form des Eigentums auch immer gibt es demnach nicht mehr, sondern eine Gewährung von Eigentumsrechten unter interpretationoffenen Einschränkungen, die in jedem Fall zu willkürlichen Enteignungen führen können. Wie kann man zum Beispiel unter sozialen Maßstäben ein Auto besitzen? Vielleicht in dem man den Schlüssel einfach stecken lässt? Mit der Aushebelung der Eigentumsrechte wird der Wesensgehalt jeder demokratischen Ordnung ad absurdum geführt, da Eigentums- und Freiheitsrechte in enger Koppelung stehen und sich gegenseitig bedingen. Die allgemeine Handlungsfreiheit, Berufsfreiheit oder Pressefreiheit sind ohne Eigentumsrechte kaum zu garantieren.

³² 2011, Programm der Partei die Linke, S. 22

³³ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 22

³⁴ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 23

Umverteilung von Vermögen

Die Linke beantwortet die Frage, wie sie all die sozialen Wohltaten finanziert möchte in altbewährter Weise: Umverteilung von oben nach unten. Dazu plant sie wie bereits in früheren Programmen eine Vermögenssteuer (jährlich fünf Prozent auf private Millionenvermögen) sowie eine Erbschaftssteuer auf große Vermögen, wobei sie offen lässt, was ein großes Vermögen ist, und welchen Teil sie den Erben hinterlassen. Da sie dies aber als zentrales Instrument sieht um die „Ungleichheit und Konzentration privater Vermögen zu verringern“,³⁵ ist eher anzunehmen, dass den Erben ein eher übersichtlicher Betrag zugeteilt wird. Ansonsten sollen alle, bei denen die Partei Geld vermutet, mehr Steuern zahlen: Konzerne, Unternehmen, Arbeitnehmer (über die Einkommenssteuer und die Kapitalertragssteuer). Gleichermaßen soll das Ehegattensplitting abgeschafft werden, wohl eher aus ideologischen denn aus monetären Gründen, denn dies fördere die „traditionelle männlich dominierte Alleinverdienerhe“.³⁶

„Gute Arbeit“

Die Frage „was ist gute Arbeit“ und wie werden die Menschen subventioniert, hat in der Partei eine heftige Debatte ausgelöst. Insbesondere die feministische Fraktion wendet sich gegen die Verengung von Arbeit auf Erwerbsarbeit. „Gute Arbeit“ sei somit „vereinbar mit Familie und sozialem Leben“ sowie mit dem „Gewissen“ des Erwerbstätigen und sollte zudem nicht allzu hohe Ansprüche „an die Flexibilität und Fahrtzeiten“³⁷ stellen. Wichtig ist, dass Arbeit „genügend freie Zeit für Erholung, Muße und selbstbestimmte Tätigkeiten“³⁸ lässt. Da

³⁵ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 31

³⁶ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 31

³⁷ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 26

³⁸ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 27

man eine 30 Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich anstrebt, sollte dies durchaus realisierbar sein.

Umstritten ist lediglich, wie man diejenigen subventioniert, die nicht arbeiten, da es selbstverständliche keine Verpflichtung gibt, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Ein Teil der Partei plädiert unter dem Motto „Hartz IV muss weg“ für eine „sanktionsfreie Mindestsicherung“³⁹ im Falle von Arbeitslosigkeit. Ein nicht unbedeutender Teil, angeführt von Katja Kipping, plädiert für ein „bedingungsloses Grundeinkommen“.⁴⁰ Hier wird die gesellschaftliche Bedeutung der Erwerbsarbeit als nicht zeitgemäß dargestellt. Feministische Positionen treten in Kontrast zu gewerkschaftlichen Haltungen, auch weil eine privilegierte Rolle der Gewerkschaften in der Linken umstritten ist. Kipping spricht von einer „Vier-in-einem-Perspektive“, bei der Erwerbs- und Familienarbeit, politische Einmischung und Muße „gleichermaßen eine Rolle spielen“.⁴¹ Dementsprechend steht sowohl dem selbsternannten Politikaktivisten wie dem Müßiggänger eine von der Allgemeinheit finanzierte rosige Zukunft bevor. Kontrahent zu dieser Position⁴² ist Ralf Krämer, ein aus dem Westen stammender SPD-Gewerkschafter, der über die WASG zur Linken stieß. Er vertritt dabei klassische Gewerkschaftshaltungen, wonach der Sozialstaat für Hilfsbedürftige da sein soll und nicht für die gesamte Bevölkerung und die Frage der Lohnarbeit das Hauptkampffeld der Partei sei. Im Programm wird offen gelassen, ob die Partei sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen einsetzen wird.

Wie bereits in den letzten Jahren fordert die Linke ein „ungehindertes Streikrecht“, den „politischen Streik und Generalstreik“. Selbstverständlich sind Aussperrungen als „Kampfinstrument der Unternehmer“ zu verbieten.⁴³ Der Generalstreik zählt für die Partei zu den „wirksamsten

³⁹ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 5

⁴⁰ „Nicht auf der Höhe der Zeit“, Neues Deutschland, vom 21. Juni 2010

⁴¹ „Ein Programm ist kein Kochbuch“, Neues Deutschland vom 19. Oktober 2010; „Die Frau des Kochs von Cäsar“, Neues Deutschland 15./16. Oktober 2011

⁴² <http://www.sozialistische-linke.de/programm/debatte/wirtschaft-arbeit-umwelt/162-bge-nee>, vom 20. Oktober 2011

⁴³ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 37

Kampfformen, um den Herrschenden und dem Kapital Grenzen zu setzen und Veränderungen zu erzwingen“⁴⁴. Dass dies nichts mit demokratischen legitimierten Verfahren und gesellschaftlichen Mehrheiten zu tun hat, muss nicht gesondert erwähnt werden.

Dies folgt der Strategie dem sogenannten außerparlamentarischen Kampf eine wesentliche Rolle beim zu stürzenden demokratischen System zuzuweisen. Die Linke erwartet, dass sich die Gewerkschaften „als starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig handelnde“⁴⁵ Organisation erweisen, was deren Selbstverständnis widerspricht. Letztlich zeichnet sich hier auch die altbekannte kommunistische Bündnisstrategie ab, die je nach politischer Gesamtwetterlage jeweils bis weit ins bürgerliche Lager hineinreichen kann, wobei den Bündnispartnern in Leninscher Logik die Rolle der „nützlichen Idioten“ zugewiesen wird. Durch den Zusammenschluss mit der WASG wird der Einfluss der über diesen Weg in die Partei geratenen Gewerkschafter auf die Linke vielfach als zu groß eingeschätzt und befürchtet, dass die Kontakte zu den sogenannten „progressiven Menschen“ und dem im Bewegungsmilieu darunter leiden könnten. Aktuell erfreut sich die Partei an der „Occupy“-Bewegung, von der sie hofft, wie früher bspw. bei ATTAC, Einfluss ausüben zu können. Die Linke betreibt, wie früher auch die PDS⁴⁶, eine Strategie, die versucht sich bereits vorhandenen Bewegungen anzuschließen und zum Teil auch zu steuern. Ob Bewegungen wie „Occupy“ diese Vereinnahmung zulassen, ist allerdings noch offen.

⁴⁴ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 55

⁴⁵ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 55

⁴⁶ Die wenigen Versuche außerparteiliche Bündnisse aufzubauen und zu steuern sind gescheitert (z.B. die Erfurter Erklärung von 1997).

Feminismus und Ökologie

Die Bundesgeschäftsführerin Caren Lay konnte erleichtert auf dem Parteitag mitteilen, dass der Streit um die richtige Interpretation der reinen Lehre zu einem positiven Ergebnis geführt habe, die Emanzipationsfrage sei nämlich kein Nebenwiderspruch im Sozialismus. Dies erklärt den Umfang, den feministische Positionen im Programm einnehmen. Im Vergleich zu früheren Programmen erfolgt eine klare Aufwertung dieser Positionen, die sich wie in ein roter Faden in fast allen Feldern wiederfinden. Daher will die Partei nicht nur die „kapitalistischen“ Verhältnisse überwinden, sondern auch die „patriarchalen“.⁴⁷

Kopfzerbrechen bereitet der Partei auch, wie sie mit der Ökologie umgehen sollte. Denn einen „grünen“ Kapitalismus kann es nicht geben, da damit die Systemfrage verloren ginge. Sahra Wagenknecht wie auch das ehemalige DKP-Mitglied Eva Bulling-Schröter ließen keine Zweifel am Stellenwert der umweltpolitischen Stoßrichtung aufkommen, in dem sie einen „grün lackierten“ Kapitalismus für die Linke ausschloss. Daher wird die Ökologie zugleich als „ökonomische, soziale und kulturelle – eine Systemfrage“⁴⁸ verstanden. Die Linke bleibt damit intellektuell weit hinter dem umweltpolitischen Diskurs. Nach ihrem Verständnis werden sich alle Umweltprobleme lösen, wenn der Sozialismus wieder die Herrschaft übernommen hat.

Einzelne Aspekte

Leicht strittig ist nach wie vor die Frage der Militäreinsätze. Eine Minderheit ist der Ansicht, man müsse im Einzelfall prüfen, ob damit Menschenrechte geschützt werden. Diese würden Einsätze, die mit einem UN-Mandat versehen sind, unterstützen. Mehrheitlich werden jedoch alle militärischen Einsätze abgelehnt, verbunden mit der Forderung, die NATO

⁴⁷ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 13

aufzulösen. Dafür möchte sich die Linke ein „Willy-Brandt-Corps“ leisten für humanitäre Einsätze.⁴⁹

Die plurale Gesellschaft ist der Partei nach wie vor suspekt. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass sie alle Medien (inklusive des Internets) „unter gesellschaftliche Kontrolle“ stellen möchte und überall „demokratische Redaktionsstatuten“ sowie die „Stärkung einer breiten Gegenöffentlichkeit“⁵⁰ eingeführt sehen möchte. Dies steht im völligen Gegensatz zu Artikel 5 des Grundgesetzes, das jedem das Recht zuspricht, seine Meinung frei zu äußern sowie der Pressefreiheit generell. Statt einem Kampf der Meinungen schwebt der Partei eine staatliche (hier mit dem Begriff gesellschaftlich verbrämt) Kontrolle ihrer genehmerten Meinungen vor.

Auch der Gedanke, dass die Justiz „alle gesellschaftlichen Schichten angemessen repräsentieren soll“ um „tatsächlich im Namen des Volkes“⁵¹ Recht zu sprechen beinhaltet eine krude Mischung aus falsch verstandener Identitätstheorie und Räteromantizismus. Außerdem bedarf es erneut einer höheren Instanz, die entscheidet, was eine repräsentative Zusammensetzung ist und diese letztlich bestimmt oder entsendet. Damit wird weder die Unabhängigkeit der Justiz noch Rechtsstaatlichkeit gewährleistet.

Auch andere Forderungen sind der Abteilung Kuriosa entnommen. So sollen die „Grundrechte und Arbeitnehmerrechte auch in den Kirchen und Religionsgemeinschaften und in deren Einrichtungen Geltung haben. Niemand, der sich nicht bekennst, darf in irgendeiner Weise benachteiligt werden“.⁵² Damit wird der betriebsverfassungsrechtliche Schutz der Tendenzbetriebe ausgehebelt, dessen Geltungsbereich nicht nur Kirchen sondern eine Vielzahl von Einrichtungen umfasst. Vielleicht kann man sich

⁴⁸ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 19

⁴⁹ Gregor Gysi hat Willy Brandt daraufhin gleich großzügig posthum in die Partei aufgenommen („Ab heute gehört Willy Brandt uns“).

⁵⁰ 2011, Programm der Partei die Linke, S. 35f.

⁵¹ 2011, Programm der Partei die Linke, S.35

⁵² 2011, Programm der Partei die Linke, S. 43

in der Linken für protestantische Imame und buddhistische Bischöfe erwärmen, dann müsste man aber auch Udo Voigt als Parteivorsitzenden zulassen.

Die Partei fordert darüber hinaus die Trennung von Staat und Kirche.

Das Programm hat einen disparaten Charakter. So findet man in dem Programm innerhalb von wenigen aufeinander folgenden Zeilen Positionen der orthodoxen Marxisten, die von Reformen gekontert werden und den Leser ratlos zurück lassen. An einer Stelle wird darüber fabuliert, dass es eine „gemeinsame Klassenlage“ gebe, die sich aus dem „allgemeinen Charakter der Lohnarbeit mit ihrer Abhängigkeit vom Kapital“ ergebe und daraus hätte diese Klasse (der Lohnabhängigen) auch ein „gemeinsames Interesse [...] die kapitalistische Herrschaft und Ausbeutung zu beschränken“. Soweit so klassisch marxistisch. Dann folgt ein Absatz der feministischen Strömung, aus dem sich nicht ergibt, warum er ausgerechnet bei der Klassenfrage eingefügt werden musste: „Die Geschlechterverhältnisse sind Bestandteil der Produktionsverhältnisse und drücken sich insbesondere in der Organisation der Reproduktion⁵³ aus.“ Ob der Sozialismus es schafft, Kinder ohne Frauen auf die Welt zu bringen, lassen die Autoren an dieser Stelle offen. Nach sechs Zeilen Feminismus schlagen die Reformer zu, die verdeutlichen, dass es Unsinn sei anzunehmen, dass aus der „gemeinsamen Klassenlage [...] unmittelbar auch eine gemeinsame Interessenvertretung oder gar ein Klassenbewusstsein“ hervorgehe, was auf die differenzierten Lebenslagen der Lohnabhängigen zurückzuführen sei.⁵⁴ Zudem könne man selbst bei den Kapitalisten nicht von einer homogenen Klasse ausgehen. Mehr Widersprüche sind innerhalb von drei Absätzen wohl kaum unterzubringen, andererseits kann sich auch jeder wiederfinden.

⁵³ Wobei der Begriff Reproduktion von der Linken in allen möglichen Kontexten inflationär verwendet wird: von der Erwerbsarbeit über die Geburt bis hin zu kultureller oder geistiger Reproduktion.

⁵⁴ Alle Zitate dieses Abschnitts: 2011, Programm der Partei die Linke, S. 14

Der Parteitag hat sich für die Legalisierung⁵⁵ des Konsums von Kokain und Heroin ausgesprochen, musste aber den Beschluss (nach einer Intervention von Gregor Gysi) wieder etwas einschränken.

Die Linke hat in ihrem Programm weitgehend die sozialpolitischen Beschlüsse der vergangenen Jahre bestätigt und noch ein bisschen ausgeweitet, was im Übrigen regelmäßig erfolgt: Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf 30⁵⁶ Stunden, Abschaffung von Hartz IV⁵⁷, Abschaffung der Rente mit 67, Mindestrente, Mindestlohn bei 60 Prozent⁵⁸ des Durchschnittseinkommens.

Beim Geschichtsbild ergeben sich keine wesentlichen Veränderungen. Die bisherige schöngefärbte Geschichte des Sozialismus (inklusive aller klassischen Kampfparolen⁵⁹) wird lediglich um einige westdeutsche Sichtweisen ergänzt, die sich im Schwerpunkt mit der Erfolglosigkeit der Kommunisten in Westdeutschland und der Entwicklung der „Bewegungsmilieus“ auseinandersetzen.

⁵⁵ Der Abschnitt, der sich mit der Legalisierung von Drogen beschäftigt, befindet sich im Kapitel „Soziale Sicherheit im demokratischen Staat“.

⁵⁶ Ursprünglich gab es bei PDS und WASG eher eine langfristige Ausrichtung auf die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, wobei unterschiedliche Forderungen kursierten, die z. B. nur Lohnausgleich der Geringverdiener vorsahen.

⁵⁷ Es geht vor allem um die sogenannte Ablehnung von „unzumutbaren“ Arbeitsbedingungen und der damit verbundenen Möglichkeit der Kürzung des Leistungsanspruchs von Hartz-IV-Empfängern. Es soll unbegrenzt ein Arbeitslosengeld gezahlt werden, das sich am vergangenen Einkommen orientiert.

⁵⁸ 2008 lag die Forderung noch bei 8 €.

⁵⁹ Dabei handelt es sich vor allem um die Formel „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ Nach klassischer kommunistischer Interpretation hat die „verheerende“ Entwicklung der SPD dazu geführt, dass die „Revolution“ von 1918/1919 niedergeschlagen wurde und die „Spaltung der Arbeiterklasse“ in den 20er Jahren den Faschismus (nach wie vor wird der Begriff Nationalsozialismus ideologisch abgelehnt) befördert habe. Dass die Sozialdemokraten sich für die Demokratie einsetzen, welche die Kommunisten mit allen Kräften bekämpften, verdeutlicht wiederholt, dass die Linke bis heute nicht die Demokratie zum Maßstab nimmt.